



Inklusiv. Sozial. Gerecht.

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner.
Behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Liebe Leserinnen und Leser,

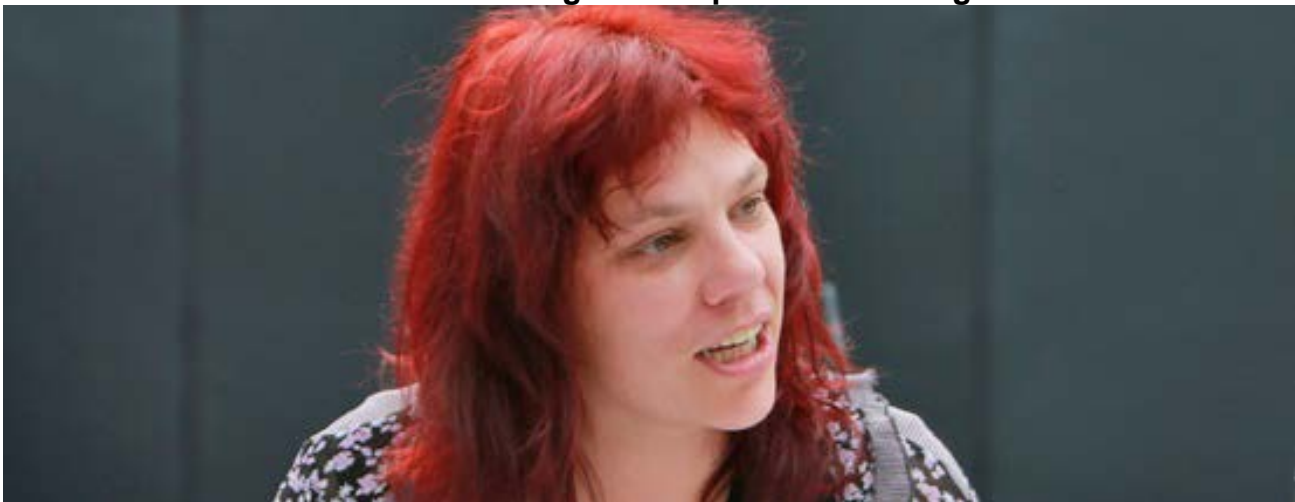
vor einem Jahr stellte ich mit der Linksfraktion im Bundestag eine große Anfrage zur Lage von Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Diese Woche erreichte uns die Antwort und es zeigt sich, dass die Bundesregierung keine Konsequenz bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an den Tag legt. Auch im Hinblick auf das nächstjährige Bundesteilhabegesetz bereitet mir dies große Sorgen.

Außerdem möchte ich Euch auf eine wichtige Demonstration aufmerksam machen. Nachdem letzten Montag hunderte Menschen in Trier-Euren gegen die NPD demonstrierten, erwartet uns nächste Woche eine große Gegendemonstration gegen den "Trauermarsch" der Faschisten in Remagen. Ich werde vor Ort sein und am Gedenksparadweg für die Opfer des NS-Regimes teilnehmen. Kommt doch auch und setzt ein Zeichen!

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen!

Behindertenpolitik

Interview: Menschen mit Behinderung werden per Gesetz arm gemacht



Die Fraktion DIE LINKE hat die Bundesregierung in einer Großen Anfrage zur Lage von Menschen mit Behinderung befragt. Es ging den Abgeordneten dabei um den Entwicklungsstand und die Umsetzung des Inklusionsgebots in Deutschland. Katrin Werner, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion, erläutert im Interview, welche Ergebnisse sie als besonders problematisch einschätzt und bewertet die Antworten auch mit Blick auf das von der Bundesregierung ins nächste Jahr verschobene Bundesteilhabegesetz. [Zum Interview](#)

[Auswertung der Antworten der Bundesregierung](#)
[Die große Anfrage mit Antworten und Tabellenanhang als PDF](#)



Barrierereiches Rheinland-Pfalz

"Rheinland-Pfalz ist kein guter Ort für Menschen mit Behinderungen. Der allgemeine Arbeitsmarkt sowie das Bildungssystem sind nicht inklusiv und es gibt kein einziges barrierefreies Frauenhaus", stellt Katrin Werner, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag fest. Grundlage dieser Feststellung ist die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion. [Weiterlesen](#)

Aktuelles

Gegenseitige Schuldzuweisungen in der Flüchtlingspolitik sind bloße Wahlkampfaktik



"Der Schlagabtausch in der Flüchtlingspolitik zwischen rot-grüner Regierung und CDU-Opposition im Land ist eine Farce. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen sind überflüssig und alles andere als konstruktiv. Bei genauer Betrachtung hat sowohl das Land als auch der Bund versagt", kommentiert die Landesvorsitzende der Linkspartei, Katrin Werner, die gestrige Debatte im Mainzer Landtag.

Sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung haben zu lange ihre Augen vor der steigenden Zahl an geflüchteten Personen verschlossen und nur halbherzig agiert. Die Folgen sind bekannt: eine weiterhin prekäre Unterbringungssituation, eine Infrastruktur, die vielerorts nur noch dank zahlreichem ehrenamtlichen Engagement funktioniert, eine unzureichende Bereitstellung finanzieller Mittel für die Kommunen, ein enormer Bearbeitungsstau bei den Asylanträgen und die härteste Verschärfung des Asylrechts seit 20 Jahren, als vermeintlicher Ausweg.

"Statt sich für die hohe Zahl an 'freiwilligen Ausreisen' zu loben, wie Frau Dreyer, oder das Asylrecht noch weiter einschränken zu wollen, wie Frau Klöckner, sollten die Parteien lieber ihre Anstrengungen darauf richten, genügend winterfeste Unterkünfte zu schaffen und den zu uns Geflüchteten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen", fordert Julian Theiß, Kandidat bei der Landtagswahl.



Bundesregierung stellt Bundestag bei TTIP kalt

Während in den USA alle Kongressabgeordnete die Verhandlungsdokumente zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP einsehen können, bleibt den Bundestagsabgeordneten dieser Zugang verwehrt. Die Bundesregierung "hindert die Abgeordneten an der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben", kritisiert Dietmar Bartsch. "Abgeordnete bedürfen daher grundsätzlich einer umfassenden Information", stellte gerade erst das Bundesverfassungsgericht fest. Sahra Wagenknecht fordert: "Merkel und Gabriel müssen ihren unseligen Pro-TTIP-Kurs endlich beenden". [Weiterlesen](#)



»Gelingende Integration ist eine Investition in die Gesellschaft«

Frank Tempel fordert angesichts zunehmender Gewalt gegen Flüchtlinge und des Schürens von Ängsten durch Rechtspopulisten, Widerstand und eine hartnäckige Gegenöffentlichkeit. [Weiterleiten](#)



Sozialistischer Realismus mal ganz anders

Es fehlen Wohnungen in Deutschland. 160.000, 200.000, 400.000, 800.000 oder gar 4 Millionen neue Wohnungen - all diese Zahlen geistern durch die Informationslandschaft. "Der Zustrom an Flüchtlingen führt uns mit dramatischen Bildern jahrzehntelanges wohnungspolitisches Versagen vor Augen", schreibt Heidrun Bluhm. Aber Wohnungsknappheit gab es schon lange davor. Sie ist Folge einer völlig verfehlten Politik. Höchste Zeit, das zu ändern!

[Weiterleiten](#)



NSU-Wiederholungen sind nicht auszuschließen

Der Bundestag setzte am Mittwoch einen neuen Untersuchungsausschuss zur NSU-Terrorzelle ein. Dieser wolle "nicht nur erhellen, was vor dem 04.11.2011 geschah, sondern auch, was seither", betonte Petra Pau in ihrer Rede. Im Zentrum der Kritik stehen weiter die Ämter für Verfassungsschutz. "Niemand im Untersuchungsausschuss geht davon aus, dass der NSU lediglich nur aus dem bekannten Trio bestand", sagt Pau im Interview. [Zum Interview](#)



Bundeshaushalt 2016: Zukunft verweigert - Soziale Spaltung vertieft

"Bei den finalen Haushaltsberatungen haben Koalition und Regierung ihre Chaostage fortgesetzt", kommentiert Roland Claus die Ergebnisse der Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss des Bundestages. [Weiterlesen](#)

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

DIE LINKE vom 11. bis 13. November im Plenum

Der Bundestag hat sich in der letzten Sitzungswoche mit folgenden parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE beschäftigt. [Hier nachlesen](#)

Breiter Widerstand gegen NPD-Kundgebung in Trier-Euren



Letzten Montag versuchte die NPD in Trier das Gedenken an die antisemitischen Pogrome vom 9. November 1938 für ihre Hetze zu missbrauchen. Vor der Jägerkaserne in Trier-Euren stellten sich ein paar wenigen Faschisten mehrere Hundert Demonstrierende entgegen. Vielen Dank an alle, die gegen die rassistische Hetze der NPD Trier demonstriert haben. Es war ein voller Erfolg! [Zum Volksfreund-Artikel](#)

Neue Publikationen



Krankenhäuser für das Gemeinwohl statt für Rendite! - Flugblatt

Nachtschicht im Krankenhaus: 49 Patienten, davon 28 überwachungs- oder pflegebedürftig. Im Dienst: Eine examinierte Krankenschwester und eine Pflegeschülerin. Jede Nacht spielt sich der Pflegenotstand tausendfach in unseren Krankenhäusern ab und gefährdet Pflegende und Gepflegte. DIE LINKE will den ökonomischen Druck von den Krankenhäusern nehmen. [Hier herunterladen](#)

Termine und Ankündigungen

Vortrag zum Naziaufmarsch in Remagen

FREITAG 13. NOVEMBER 2015 - 19:00 UHR - INFOLADEN HOMERSTR. 14 TRIER - [Mehr Informationen hier](#)

Gedenksparadgang - Remagen Nazifrei

SAMSTAG 21. NOVEMBER 2015 - 10:00 UHR - BAHNHOFSVORPLATZ REMAGEN - [Mehr Informationen hier](#)

Landesparteitag DIE LINKE Rheinland-Pfalz

Programmparteitag zur Landtagswahl 2016

SAMSTAG 28. NOVEMBER 2015 - 10.00 UHR - ECE TRIER, METZER ALLE 4, TRIER - [Mehr Informationen hier](#)

Mensch, ist die groß geworden ...

Zum zweiten Mal in Folge steht DIE LINKE in Rheinland-Pfalz in einer Umfrage bei 5 Prozent. Da geht doch noch was!

6%

5%

4%

DIE LINKE

Kontakt

Bundestagsbüro in Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030)-227-74335

Telefax: (030)-227-76337

E-Mail: katrin.werner@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Trier

Paulinstr. 1-3

54292 Trier

Telefon: (0651)-1459225

Telefax: (0651)-1459227

E-Mail: katrin.werner.wk@bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE.
RHEINLAND-PFALZ

DIE LINKE.
Kreisverband Trier-Saarburg

DIE LINKE.
Linksfraktion im Trierer Stadtrat

[Anmelden](#) / [Abmelden](#)